

„Tierhaltung braucht Akzeptanz“

Die Bauern müssen zeigen, dass sie die gesellschaftlichen Erwartungen erfüllen können, fordert Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU).

Berlin – Tierhaltung, Gentechnik, Bodenspekulation – die Landwirtschaft bietet derzeit viele Themen, die für Aufregung sorgen. Der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt (CSU), stellt sich im MAZ-Interview strittigen Fragen.

MAZ: Wird irgendwo ein Stall gebaut, gibt es meistens eine Bürgerinitiative, die das verhindern will. Wie bewerten Sie das?

Schmidt: Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die moderne Tierhaltung an Akzeptanz verloren hat. Deswegen sollte die Landwirtschaft zeigen, dass sie in der Lage ist, die gesellschaftlichen Erwartungen im Hinblick auf Umwelt- und Tierschutz, soziale und regionale Fragen zu erfüllen.

Braucht der ländliche Raum neue Ställe?

Schmidt: Ich bin Minister für den gesamten ländlichen Raum und



Mecklenburg-Vorpommern hat eine Reform der Ökokontrolle angeregt. Halten Sie die Überwachung in der Agrar- und Lebensmittelproduktion für ausreichend?

Schmidt: Diese Kontrollen liegen in der Verantwortung der Länder. Als Bund haben wir angeboten, koordinierend zu unterstützen. Außerdem bieten wir an, die Sachkenntnis unserer Bundeseinrichtungen länderübergreifend zu nutzen.

An der Ökologischen Überwachung haben Sie aber nichts auszusetzen?

Schmidt: Für den Verbraucher ist wichtig, dass Öko drin ist, wo Öko draufsteht. Aber für den Produzenten muss es auch noch handhabbar sein. Ich sehe die Gefahr, dass bei immer stärkerer Zersplitterung der Auflagen und noch größerer Regelungsdichte manche kleinen Betriebe die Lust verlieren oder ihnen auch die Luft ausgetzt.

In Brüssel werden die Weichen für die Zulassung von Genmais gestellt. Werden in Deutschland bald wieder genveränderte Pflanzen angebaut?

Schmidt: Die EU-Staaten erhalten die Möglichkeit, das selbst zu re-

geln. Gerade Landwirte sorgen für unsere Lebensgrundlagen und Wertschöpfung im ländlichen Raum. Allerdings brauchen wir, um langfristig tragfähige Tierproduktion in Deutschland zu sichern, Transparenz und breiten Konsens.

Niedersachsen will Bauern ein Vorkaufrecht für Agrarflächen einräumen und damit aktive Landwirte vor Bodenspekulanten schützen. Was halten Sie davon?

Schmidt: Artikel 14 des Grundgesetzes schützt das Recht auf Eigentum. Von daher sind Vorkaufrechte für bestimmte Personengruppen zwar grundsätzlich möglich, aber nicht unproblematisch. Auch behilflich kann die Europäische Union das kritisch betrachten. Da ich Jurist bin, empfehle ich zwingend, diese Fragen vorher rechtlich abklären zu lassen.

Niedersachsens Vorschlag bezieht sich nur auf Einzelbauern. Würden Gesellschafter von Agrar GmbH und Mitglieder von Genossenschaften ausgeschlossen sein?

Schmidt: Unser Ziel ist eine breite Streuung des Eigentums. Bäuerliche Bodennutzung ist auf Generationen ausgerichtet. Wenn Personengesellschaften Boden erwerben wollen, muss man sich das genau ansehen. Rechtsänderungen müssen vor dem Bundesverfas-

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) im MAZ-Gespräch.

sungsgericht in Karlsruhe Bestand haben.

Was ist für Sie bäuerliche Landwirtschaft?

Schmidt: Nachhaltiges Wirtschaften, Wirtschaften im Einklang mit der Umwelt und den Ansprüchen von Tieren, Wirtschaften für die nächste Generation. Ich gehe ohne jede Ideologie an dieses Thema. Im Norden sind die Betriebe größer als in meiner Heimat Bayern, wo die Bauern mit 30 Hektar wirtschaften. Es bringt uns nicht weiter, wenn wir darüber diskutieren, ob das bei 100 Schweineplätzen anfängt oder bei 2000. Wichtig ist: Die Besitzer sollten selbst Produktionsverantwortung tragen und die Produkte kennen, die sie herstellen. Wichtig sind Betriebe, egal in welcher Unternehmensform, die sich auch in den Gemeinden engagieren.

Mecklenburg-Vorpommerns Agrarminister will einen Teil der ehemals volkseigenen Flächen vom Bund in Landesbesitz übernehmen. Warum klappt das nicht?

Schmidt: Privatisierungs- und Bodenpolitik ist an rechtliche Vorgaben gebunden. Die jetzt noch von der Bodenverwertungsgesellschaft BVVG verwalteten Flächen müssen nahe am Verkehrswert verkauft werden. Der Bund will und darf Flächen nicht verschenken.

Wird es überhaupt noch zu einer Vereinbarung kommen?

Schmidt: Die Bundesregierung ist mit Agrarminister Till Backhaus und seinem Amtskollegen Onko Aelkens in Sachsen-Anhalt, der das ebenfalls will, im Gespräch. Ob sich die derzeit noch weit auseinanderliegenden Positionen zusammenführen lassen, ist offen.

Jurist aus Bayern

Christian Schmidt (56) ist seit Februar 2014 Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft. Der Bayer, der Rechtswissenschaft studierte, trat 1976 in die CSU ein. Seit 2011 ist er Vize-Chef der Partei.

Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium war Schmidt, ab 2013 im Bundesentwicklungsministerium.

Das Agrarressort übernahm Schmidt, als Hans-Peter Friedrich wegen der Edathy-Affäre zurücktrat.

fahren in der EU wird sich wohl bis in den Herbst hinziehen. Außerdem sind die Haftungsregelungen so, dass sie die Bauern de facto abhalten, genveränderte Pflanzen anzubauen.

Inwiefern?

Schmidt: Wergenveränderte Organismen anbauen, muss dafür haften, wenn es zu Vermischungen oder Verunreinigungen kommt – auch wenn er alle Abstandsregelungen einhält und unabhängig davon, ob er schuld ist. Das Risiko ist hoch.

Was halten Sie persönlich von Anbauverboten?

Schmidt: Ich bin dafür, dass wir in Deutschland keine gentechnisch veränderten Organismen zulassen, und werde das als Bundesminister mit vorantreiben. Aber ich finde, wir sollten die aktuelle Aufgeregtheit etwas herunterfahren.

Die EU setzt mit ihren Regelungen auch den Fischern hart zu. Viele gaben schon auf. Hat Küstentischerei noch Zukunft?

Schmidt: Sie muss eine Zukunft haben. Küstentischerei gehört in diese Region. Die Ostsee ist ein Paradebeispiel dafür, dass Fischbestände sich erholen. Den Weg einer nachhaltigen Fischerei werden wir mit der Fischereireform, die auf den Weg gebracht wird, einschlagen.

Interview: Elke Ehlers

